

Der Enzthäler.

Anzeiger und Unterhaltungsblatt für das Enzthal und dessen Umgegend
Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

54. Jahrgang.

Nr. 75.

Neuenbürg Donnerstag den 14. Mai

1896.

Erscheint Dienstag, Donnerstag, Samstag und Sonntag. — Preis vierteljährlich 1 M 10 S, monatlich 40 S; durch die Post bezogen im Oberamtsbezirk vierteljährlich 1 M 25 S, monatlich 45 S, außerhalb des Bezirkes vierteljährlich 1 M 45 S — Einrückungspreis für die 1spaltige Zeile oder deren Raum 10 S.

Amtliches.

Neuenbürg.

Bekanntmachung und Erlaß an die Ortsvorsteher

betreffend

die Aushebung und die Vorladung der Militärpflichtigen vor die R. Obererzajtkommission.

Der Reise- und Geschäftsplan der R. Obererzajtkommission für die diesjährige Aushebung im Aushebungsbezirk Neuenbürg ist folgender:

Mittwoch den 3. Juni 1896

Prüfung der alphabetischen- und Restanten-Listen nach § 71,9 der Wehro-
rdnung, Vornahme und Prüfung der Reklamationen, Vorstellung der
in den Beilagen 1, 2, 3 und der in den Vorstellungslisten B, C und D
enthaltenen Leute, Visitation der Invaliden etc. etc., sowie der Felddienst-
unfähigen gemäß § 36,5 der Wehro-
rdnung

Freitag den 5. Juni 1896

Vorstellung der in der Liste E aufgeführten Militärpflichtigen.

I. Hiernach haben auf dem Rathaus in Neuenbürg zu erscheinen am

Mittwoch den 3. Juni 1896, morgens präzis 6 1/2 Uhr

1. diejenigen Leute, welche auf diesen Tag besonders vorgeladen
werden, sowie alle diejenigen Militärpflichtigen, welche bei der Musterung
als „dauernd untauglich“ bezeichnet oder zur „Erlahreserve“ und zum
„Landsturm I“ in Vorschlag gebracht worden sind.

Dieserigen, welche bei der Musterung als „augenscheinlich untaug-
lich“ bezeichnet, sowie diejenigen, welche von der Erzajtkommission aus
irgend einem Grunde „zurückgestellt“ worden sind, bleiben von der Ge-
stellung vor der Rgl. Obererzajtkommission entbunden, haben also nicht
zu erscheinen.

Am **Freitag den 5. Juni 1896, morgens präzis 6 1/2 Uhr** haben zu erscheinen:

1. Die Restanten vom Jahrgang 1873 und früher, sofern sie bei
der diesjährigen Musterung für tauglich erklärt, oder heuer noch gar
nicht gemustert worden sind.

2. Sämtliche in dem Oberamtsbezirk sich aufhaltende Militär-
pflichtigen der Jahrgänge 1874, 1895 und 1876, welche bei der dies-
jährigen Musterung im Aushebungsbezirk Neuenbürg oder in einem
anderen Aushebungsbezirk des deutschen Reiches für „tauglich“ erklärt
worden sind.

3. Solche Militärpflichtige der Jahrgänge 1874, 1875 und 1876,
welche heuer noch nirgends gemustert worden sind.

II. Die Ortsvorsteher werden beauftragt, die Stellungs-
pflichtigen sofort auf die angegebenen Zeiten unter Belehrung über die Folgen des
Angehörigens (§ 26 § 7 der Wehro-
rdnung) vorzuladen und dieselben
anzuweisen, ihre Lösungsscheine unfehlbar mitzubringen.

Die Vorladung hat gegen unterschriebene Eröffnungsbescheinigung
der Stellungs-
pflichtigen zu geschehen und es sind die Eröffnungs-
Urkunden
längstens bis Samstag den 23. Mai d. J. anher einzusenden.

Bei der Vorladung sind die Pflichtigen darauf hinzuweisen, daß
die Vorstellung vor der Obererzajtkommission nicht nach der Reihenfolge

der Gemeinden erfolgt, daß vielmehr jeder von Anfang an sich auf den
Ausruf bereit halten muß, widrigenfalls er Strafe und Einreihung ohne
Rücksicht auf seine Wohnnummer zu erwarten hat.

III. Die Ortsvorsteher haben dafür zu sorgen, daß ihre Leute zu
der vorgeschriebenen Zeit erscheinen, das Erscheinen des Ortsvorstehers
selbst ist nicht erforderlich.

Die Ortsvorsteher werden ferner beauftragt, auf möglichst Reini-
lichkeit der Stellungs-
pflichtigen am Körper und in der Wäsche hinzu-
wirken und die Leute vor der Aushebung auf die Bestimmung des § 65
Ziff. 3 der Wehro-
rdnung, wonach jeder Versuch zur Täuschung gerichtlich
strafbar ist, sowie auf § 71 § 7 und § 72 § 3 der Wehro-
rdnung auf-
merksam zu machen, welche bestimmen, daß die Entscheidung der R. Ober-
erzajtkommission endgültig ist und daß jeder in den Grundlisten des
Aushebungsbezirks aufgeführte Militärpflichtige berechtigt ist, im Aus-
hebungs-
termin zu erscheinen und der R. Obererzajtkommission etwaige
Anliegen vorzutragen.

Anträge auf Zurückstellung oder Vereiung von der Aushebung
sind spätestens im Aushebungs-
termin zu stellen, solche können aber nicht
ausschließlich mündlich vorgebracht, sondern müssen schriftlich eingereicht
werden. Reklamationen, welche etwa deshalb nicht angebracht werden,
weil vorausgesetzt wurde, der Reklamirte werde als nicht einstellungsfähig
erkannt, können später mit Erfolg nicht mehr angebracht werden.

Militärpflichtige, welche ihren Aufenthalt in einem anderen Aus-
hebungs-
bezirk haben, müssen sich in dem Aushebungs-
bezirk ihres Auf-
enthaltsortes zur Aushebung stellen. Scheinverzüge sind sofort zur
Anzeige zu bringen. In einem solchen Falle werden die betreffenden
Militärpflichtigen selbst nach der Aushebung noch nach dem richtigen
Aushebungs-
bezirk überwiesen.

IV. Vorstrafen der Militärpflichtigen sind, soweit dies noch nicht
geschehen sein sollte, ohne Verzug hierher anzuzeigen, ebenso sind etwaige
ortslundige Fehler einzelner Militärpflichtiger — z. B. geistige Be-
schränktheit, epileptische Anfälle u. s. w., falls solche nicht schon bei der
Musterung zur Sprache gebracht worden sind, sofort hierher anzuzeigen.

V. Besonders wird noch darauf aufmerksam gemacht, daß kein
Militärpflichtiger in Rücksicht auf Familienverhältnisse zum Train mit
kurzer Dienstreit designiert wird, und daß die R. Obererzajtkommission
wiederholt die bestimmte Erwartung ausgesprochen hat, daß solche Besuche
am Tage zum Train mit kurzer Ausbildung nicht zur Vorlage ge-
bracht werden.

VI. Die Stammrollen mit Beilagen von 1894, 1895, und 1896
sind bis zum 30. Mai hierher einzusenden.

Den 11. Mai 1896.

Der Zivilvorsitzende der Erzajtkommission.

Oberamtmann **Wleiderer.**

Revier Calmbach.

Reugholz-Verkauf

am Samstag den 23. Mai
vormittags 11 1/2 Uhr

auf dem Rathaus in Calmbach aus
dem Staatswald Raubgrund:

Nm.: 15 hagenbüchene Roller,
3 büchene Scheiter, 207 dto. An-
bruch, 18 Nadelholz-Anbruch.

Revier Calmbach.

Am Freitag den 15. ds. Mts.
abends 6 Uhr

veraccor-
diert das Revieramt die

Herstellung von 4,8 cbm Stüt-
mauerwerk (Anschlag 10 M pro cbm)
und von ca. 20 qm Pflaster (An-
schlag 2 M 50 S pro qm) am
Eychbruch. Zusammenkunft zum
Accord um 6 Uhr abends am Bahn-
wartshaus bei der Eychmündung.

Revier Calmbach.

Am Freitag den 15. ds. Mts.
nachmittags 6 Uhr

veraccor-
diert das Revieramt beim
Bahnwartshaus an der Eychmündung
die Herstellung von ca. 70
laufende Meter Flechtwerk.

Revier Liebenzell.

Verschuldsichten

2jährig, werden abgegeben ca. 50
Tsd. in schöner Ware, à 2 M pro
Tsd.

Wegbau-Versteigerung.

Die Gr. Bezirksforstei Kallen-
brunn in Bernsbach versteigert am
Mittwoch den 20. Mai d. J., nach-
mittags 1/2 5 Uhr zu Kallenbrunn:

1) Die Korrektur des Horn-
weges bei der Einmündung in

den Mannslohweg in einem Lose
im Anschlag von 1050 M

2) Die Anlage eines Schleif-
weges im Regenthal in 3 Losen
mit einem Gesamtanschlag von
3300 M

3) Die Fortsetzung des Schlitt-
und Hutweges auf der Abteil-
ungslinie 79/88 mit einer Länge
von ca. 800 Meter und einem
Anschlag von 400 M

Bedingungen und Kostenüber-
schläge können auf dem diesseitigen
Geschäftszimmer und bei Wegbau-
aufseher Weiler in Reichenthal
eingesehen werden.



Brennholz-Versteigerung.

Die Gr. Bezirksforstei Kallenbronn in Gerabach versteigert aus Domänenwaldungen mit Vorgfrist am Donnerstag den 21. Mai d. J., nachmittags 5 Uhr im Gasthaus zu Kallenbronn:

Gutdistrikt Kallenbronn und Rombach: namentlich aus Abt. 68 Hühnerwässerle, 84 Am Fischer-gänger, 95 Hirschwald und 96 Jägerhäusle: ca. 30 Ster buchenes und eichenes Prügelholz, ca. 700 Ster tannenes Prügel- und Scheitholz, ca. 800 Ster tannenes Reis-prügelholz und einige Lose Schlag-raum.

Forstwart Klumpp in Kallenbronn und Schultheiß in Rombach zeigen das Holz auf Verlangen vor.

Neuenbürg.

Holz-Verkauf.

Am Samstag den 16. ds. Mts. vormittags 9 Uhr werden aus dem hiesigen Stadtwald im öffentlichen Aufsteich verkauft: 138 1/2 Am buchene Scheiter, 294 " buchene Prügel, 17 1/2 " buchene Reisprügel, 3 Los angebundenes Buchen- und Tannenreis.

Freier wird verkauft:

1 Los Langholz mit 3,43 Fm. Den 12. Mai 1896. Stadtschultheißenamt. Stirn.

Gras-Versteigerung.

Am Montag den 18. Mai ds. J. vormittags 9 Uhr werden wir den ersten Grasertrag der der Stadtgemeinde Pforzheim gehörigen, in der Nähe der oberen Quellenstüben im Gröbelsthal be- legenen Wiesenparzellen an Ort und Stelle öffentlich versteigern, wozu Liebhaber eingeladen werden.

Pforzheim, den 11. Mai 1896. Städt. Tiefbauamt. Dettling.

Privat-Anzeigen.

Calmbach.

Zimmer-Mädchen Gesuch

für die Saison. Eintritt sofort. Luise Bleßing.

Dobel.

Ein mit zugelaufener roter Dachshund

(Hündin) kann gegen Einrückungs- gebühr und Futtergeld innerhalb 8 Tagen abgeholt werden bei Kirchenpfleger Bott.

Resinoline

ist das einzige, wirklich geruchlose

Bodenöl

trocknet rasch, harzt und schmiert nicht, verhindert die lästige Staubbildung, macht das Holz sehr dauerhaft, grösste Ausgiebigkeit, einfache Behandlung.

Preis Mk. 1.25 pr. Ltr.

Resinoline eignet sich ganz besonders zur Behandlung von Fussböden stark frequentierter Lokalitäten, wie: Schulzimmer, Wartsäle, Bureaux, Verkaufslö- kale, Restaurants, Turnhallen etc.; ebenso für Linoleum-Teppiche und Mosaihböden. (H. 1520 J.)

Name und Fabrikmarke sind gesetzlich geschützt. Man hüte sich vor Nachahmungen und verlange ausdrücklich „Resinoline“. Generaldepot f. d. Kgr. Württemberg und Sachsen: Koch & Schenk in Ludwigsburg. Niederlage in Neuenbürg: G. Lustnauer.

Turn-Verein Neuenbürg.

Sonntag 17. Mai

Anturnen.

Sammlung präzis 2 Uhr im Lokal.

Nach dem Schluß der Übungen gefellige Vereinigung bei Mitglied- Vender z. „Windhof“.

Der Turnrat.

Liederkränz Neuenbürg.

Singstunde

heute Mittwoch abend 8 Uhr.

Ertlingen.

Zwei tüchtige jüngere

Sänger

auf Walzengatter zu sofortigem Ein- tritt such!

Sägewerk Schottmüller.



Neuenbürg.

Ein Ackerfeld,

3 1/2 Viertel, mit zahlreichen Obst- bäumen etc. wird verpachtet.

Liebhaber wollen sich melden an Dahlinger, Pressler

Ein größeres Quantum

Zeitungspapier

wird billig abgegeben bei der Ex- pedition ds. Bl.



Dem Herrn E. G. zu seinem

19ten Wiegenfeste

ein dreifach donnerndes Hoch, daß die ganze Schwanengasse zittert und bebt.

Fremdenbücher

(Nachtbücher für Gasthausbesitzer) empfiehlt G. Nech.

24 Professoren der Medicin

und Tausende von prakt. Aerzten haben erklärt, daß die ächten Apotheker Richard Brandt's Schweizerpillen ein ganz vor- zügliches, unübertroffenes, weil mild ohne jegliche Beschwerden und Schmerzen wirkendes, dabei absolut unschädliches und billiges Abführmittel sind. — Wer daher an Verstopfung leidet, nehme nichts anderes. Erhältlich nur in Schachteln zu Mk. 1.— in den Apotheken.

Enzthal-Eisenbahn.

Laut Mitteilung der Kgl. württemb. General-Direktion der Eisen- bahnen werden am

Himmelfahrtstage

2 Sonderzüge von Pforzheim nach Wildbad

ausgeführt. Abgang des 1. Zuges: von Pforzheim 6 Uhr vormittags, Ankunft in Wildbad 6 53 Uhr. 2. Zug: Abgang Pforzheim 110 Uhr nachmittags, Ankunft Wildbad 2 Uhr. Diese Züge halten auf allen Zwischenstationen und können von Jedermann benützt werden.

Der Vorstand

des deutschen Eisenbahn-Reform-Vereins.

Enz-Nagold-Gau-Sängerbund.

Die diesjährige

Gau-Versammlung

findet

am Sonntag den 17. Mai d. J., nachmittags 2 1/2 Uhr im Saal des Gasth. z. „Bären“ in Neuenbürg statt.

Tagesordnung: Kassenbericht; Wahl des Historis für das Soukredentest im Sommer 1897; Neuwahl des Gouvorkonds gemäß § 3 der Statuten; Wahl des Gesamtchordirigenten; Auswahl der Geladmöde durch die Vereinsdirigenten.

Zu dieser Versammlung wird unter Hinweis auf § 6 der Statuten, wonach jeder Verein 3 Vertreter einschließlich des Mitgliedes des er- weiterten Ausschusses zu entsenden hat, eingeladen. Weitere Mitglieder der Bundesvereine sind willkommen.

Neuenbürg, den 12. Mai 1896. Der Gau-Ausschuß.

Stammheim bei Calw.

Göpelwerke

nach neuen Modellen bewährter Konstruktion fertig und empfiehlt zu nachstehenden Preisen:

Liegende Göpel 1 1/2 pferdig mit Bodentransmission und Riemen- scheibe	Mk 100.—
Säulengöpel 1—2 pferdig	Mk 125.—
" " " "	Mk 115.—
" " " "	Mk 135.—
Futter Schneidmaschinen von kräftiger Bauart mit Ab- hänger, zu Göpelbetrieb	Mk 70.— u. Mk 95.—

Chr. Paul Rau.

Rosinen und Corinthen

in nur besten Qualitäten

empfehlen zu den billigsten Tagespreisen

Oskar Haug, Höfen.

Zum Gypsen der Klee- und Erbsenfelder.

Das früher allgemein übliche Gypsen der genannten Felder hat sich überall wesentlich verringert; nur in einzelnen Gegenden besonders Mittel- und Süddeutsch- lands, wie auch der Schweiz ist dasselbe noch gebräuchlich. — Da kommt aus Mahnung des Herrn Professor Dr. Strebel in Hohenheim zur rechten Zeit, nämlich die, das Gypsen der Felder nicht mehr so ohne weiteres, wie früher vorzunehmen, da man jetzt die Bedeutung, besser Nichtbedeutung des Gypsen erkannt hat und man die Nährstoffbestandteile desselben bei Verwendung geeigneter Kunstdünger den Boden ganz unentgeltlich zuführt. Professor Strebel sagt: Für diejenigen Wirtschaften, in welchen künstliche Dünger verwendet werden, ist es wirtschaftlich, die Gypsabgänger überhaupt anzugeben, da die entsprechenden Mengen an Kalk und Schwefelsäure, die Bestandteile des Gypses, in den künstlichen Düngern dem Boden ohnehin zu kommen. Es wird viel richtiger sein, für die bisher für Gyps verausgabten Summen Thomasmehl und Kainit zu kaufen und diese Dünger schon vor der Erbsen- und Kleezeit einzupflügen. — Der rechnende Landwirt sollte sich fragen und durch ver- gleichende Düngungsversuche auch erproben, wie groß der Wert des Mehretrags ist, welcher bei gleichem Aufwande von beispielsweise 150 Mark sich erzielen läßt, einseits wenn Gyps, andererseits wenn Kainit und Thomasmehl verwandt werden. Bei genauer Durchführung des Vergleichs wird er staunen über die geringe Wirkung des Gypses, falls sich eine solche überhaupt zeigt. Aber selbst wenn die Wirkung in beiden Fällen die gleiche wäre, stände sich bei Düngung mit den genannten künstlichen Düngern das Feld doch viel besser, da es mit wertvollen Nährstoffen bereichert wird, welche auch auf die Nachfrucht noch günstig wirken, während durch das Gypsen der Boden nicht bereichert, vielmehr hauptsächlich zur Ueberanstrengung gereizt wird und zwar auf Kosten des Bodeneintritts und der Nachfrucht. — Dagegen ist das Gypsen des Stallmistes angezeigt, weil der Gyps ein passender Stickstoffbinder ist und durch seine Anwendung auch das Schimmeln des Mistes verhindert wird, besonders wenn es zugleich an genügendem Fruchthalten des Stallmistes nicht fehlt. — Da jetzt zugleich seitens der Fabriken, welche Doppelsuperphosphate herstellen, billiger präzipitierter phosphorsäurehaltiger Gyps geliefert wird, welcher löslicher als der gemahlene Gyps ist, empfiehlt es sich zur Behandlung des Stallmistes diesen be- sonders zu benützen.



Nach Stadt, Bezirk und Umgebung.

Die Stelle des Stationsmeisters und Postexpeditors in Herrlingen wurde dem Stationsmeister Leichle in Rothenbach seinem Ansuchen entsprechend übertragen.

Am 8. Mai d. J. ist von der evangel. Oberschulbehörde die Schulstelle in Bernbach dem Schullehrer Krummrein in Oberndorf, Bez. Welzheim, übertragen worden.

Neuenbürg, 12. Mai. Wie schon mitgeteilt, hat die kgl. württ. Generaldirektion der Eisenbahnen auf Veranlassung des Vorstands des Eisenbahn-Reform-Vereins für den Himmelfahrtstag 2 Extrazüge genehmigt, die an allen Stationen halten (s. Inf.). Der Frühzug geht präzise 6 Uhr in Pforzheim, 6.28 in Neuenbürg ab (wo Kreuzung mit dem fahrplanmäßigen Zug abwärts stattfindet) und trifft 6.53 in Wildbad ein. Der Mittagszug wird 1.10 in Pforzheim abgelaufen, geht 1.31 in Neuenbürg ab, kreuzt in Bösen mit Zug 772 und trifft um 2 Uhr in Wildbad ein. Jeder Zug daselbst ab 9.05. Im Falle genügend zahlreicher Beteiligung werden solche Sonderzüge auch künftig an Sonn- und Feiertagen ausgeführt, worauf wiederholt aufmerksam gemacht wird. Es ist nun Sache des Publikums von dieser dankenswerten günstigen Verkehrs-erweiterung Gebrauch zu machen.

Pforzheim, 11. Mai. In Anwesenheit des Prälaten v. Schmid aus Karlsruhe, als Vertreter des Kirchenregiments, der hiesigen Geistlichkeit, der staatlichen und städtischen Behörden, einer großen Zahl geladener Persönlichkeiten, sowie einer tausendköpfigen Menschenmenge fand gestern Vormittag die Grundsteinlegung zur neuen evang. Kirche statt, welche auf dem sogen. Lindenplatz erbaut wird. Bei prächtvollem Wetter verlief die Feier in eindrucksvoller Weise. Für die Bauzeit der Kirche, welche einen Aufwand von mehreren hunderttausend Mark erfordert, sind zwei Jahre in Aussicht genommen.

Deutsches Reich.

Zur Friedensfeier des 10. Mai in der alten Mainstadt Frankfurt schreibt die demokratische Frankf. Ztg.: „Für die alte freie Reichs- und Kaiserstadt hat der Gedenktag des 10. Mai noch eine ganz besondere Bedeutung, die geeignet ist, der festlichen Stimmung erhöhte Impulse zu geben. Der Friedensschluß, der im Namen des Reiches mit Frankreich hier die Weihe erhielt, der Frankfurter Friede war auch der Friede Frankreichs mit Preußen. Der erste, dem sich dieser Gedanke vom Herzen auf die Lippen drängte, war Fürst Bismarck; in der Tischrede, die er am Abend des 10. Mai im Hause des Oberbürgermeisters hielt, sagte er: „Es ist mir ein schöner Gedanke, daß der erste große politische Akt des wiedererstandenen deutschen Reiches gerade in Frankfurt, der alten deutschen Kaiser- und Krönungsstadt, sich hat vollziehen können. Ich wünsche von Herzen, daß der Friede von Frankfurt auch den Frieden für Frankfurt und mit Frankfurt bringen möge!“ Sollständiger und glänzender ist selten ein Wunsch in Erfüllung gegangen. Die Guldigung, die ihr der König von Preußen als Eroberer weder abtrotzen noch abschmeicheln konnte, hat die Frankfurter Bürgerschaft, gestützt auf ihren Wahrspruch: „Stark im Recht“, aus freien Stücken dem deutschen Kaiser, dem ersten Repräsentanten des Reiches, gern entgegengebracht und wird sie stets seinen Nachfolgern als Schirmern des Friedens und Schützern des Rechts erneuern. Eigenbrödlertische Vermessenheit hat Angesichts des Friedensfestes die Frage zu stellen gewagt: „Lebt Alt-Frankfurt noch?“ Um die Antwort ist uns nicht bange, sie wird in der Jubelstimmung eines Gedenktags, wie in dem Ernst des Kampfs für Recht und Freiheit die gleiche sein: Alt-Frankfurt lebt und so lange es leben wird, steht es frei und aufrecht in Bürgerstolz mit dem Bekenntnis: Die gut deutsch aller Wege!“

Bei der namentlichen Abstimmung in der Dienstagssitzung des Reichstags über § 2a des Margarine-Gesetzes, durch welchen

das Färben der Margarine verboten wird, stimmten von württembergischen Abgeordneten mit Ja: Braun, Gröber, Rembold, Bengert; Rein: Ebn, Galler, Siegle, Speiser; beurlaubt waren: Febr. v. Gältlingen, Payer; ohne Entschuldigung fehlten: Augst, Haag, Hähle, Hartmann, Hausmann, Kercher, Schnaidt. Das Verbot wurde mit 138 gegen 97 Stimmen angenommen. — Die Margarinefabrikanten wollen gegen diesen Beschluß zweiter Lesung alle Hebel in Bewegung setzen, um ihn in dritter Lesung zu Fall zu bringen, weil sie erklären, sie seien sonst gegen die ausländische Margarine, die nicht unter das Färbverbot falle, konkurrenzunfähig.

Berlin. Der Genehmigung des neuen deutschen bürgerlichen Gesetzbuches erwachsen die schwersten Hindernisse aus den Bestimmungen über die Eheschließung. Zentrum und Konervative verlangen eine fakultative (frei-gestellte) Zivilehe, aber eine obligatorische (verpflichtende) kirchliche Trauung. So sehr die Regierung den Vollzug der kirchlichen Trauung wünscht und empfiehlt, beharrt sie doch bei der entgegengesetzten Forderung: obligatorische Zivilehe und fakultative kirchliche Trauung. Trotz dem die kirchlichen und konservativen Forderungen bezüglich dieser Fragen in der ersten Kommissionslesung abgelehnt wurden, unterliegt es doch keinem Zweifel, daß dieselben in der zweiten Lesung aufs Neue werden erhoben werden. Die Regierung aber ist entschlossen, alles daran zu setzen, um das große Werk so zeitig als möglich unter Dach und Fach zu bringen. So verlautet denn auch, daß die neuerliche Barauung der Beamten vor Agitation gegen die Durchführung der Regierungspolitik direkt auf die angeregten Fragen Bezug hat, in denen bekanntlich hochgestellte politische Beamte eine der Regierung entgegengesetzte Auffassung vertreten.

Das Telegramm des Kaisers über die Thätigkeit der sozialpolitischen Pastoren. Wie erinnerlich, hatte sich der Abg. v. Stumm in einer am 12. April zu Neunkirchen gehaltenen Rede für seine Abneigung gegen die Beschäftigung der Geistlichen mit Sozialpolitik darauf berufen, daß der Kaiser diese Auffassung teile, wie er dies in einem Telegramm sehr bestimmt ausgedrückt habe, das er (v. Stumm) nur aus äußerlichen Gründen nicht im Wortlaut mitteilen könne. Dieses Telegramm ist inzwischen vielfach Gegenstand der Erörterung gewesen; seine Veröffentlichung wurde von Stumms Gegnern verlangt, damit man sich selbst ein Urteil über die Sache bilden könne. Der Abdruck ist jetzt durch die dem Abg. v. Stumm nahestehende „Post“ erfolgt. Das Telegramm lautet hiernach: „Berlin, Schloß 28. II. 96. Stöcker hat geendigt, wie ich es vor Jahren vorausgesagt habe. Politische Pastoren sind ein Un Ding. Wer Christ ist, der ist auch „sozial“, christlich-sozial ist Un Sinn und führt zu Selbstüberhebung und Unduldsamkeit, beides dem Christentum schnurstracks zuwiderlaufend. Die Herren Pastoren sollen sich um die Seelen ihrer Gemeinden kümmern, die Nächstenliebe pflegen, aber die Politik aus dem Spiele lassen, dieweil sie das gar nichts angeht. Wilhelm I. R.“ Der Adressat ist nicht angegeben. Das kaiserliche Telegramm — sofern es überhaupt richtig wieder gegeben — wird selbstverständlich recht verschieden beurteilt werden. Hoffen wir, daß bei keiner Beurteilung außer Acht gelassen wird, daß dem Träger der Krone auch dann Ehrfurcht gebühre, wenn er vielleicht in Manchem zu irren scheint!“

Karlsruhe, 11. Mai. Die II. Kammer nahm heute einstimmig die Gesetzesentwürfe betr. die Herstellung der Nebenbahnen Karlsruhe-Herrenalb, Ettlingen-Pforzheim, Weinheim-Lampertheim an.

Karlsruhe, 11. Mai. 95. Sitzung der II. Kammer. Beratung des Gesetzesentwurfs über die Herstellung der Lokalbahn von Karlsruhe nach Herrenalb und von Ettlingen nach Pforzheim. Die Bahn hat eine Länge von 57 Kilometer und beansprucht einen Kostenaufwand von ungefähr 4 Mill. Mark, von denen der Staat 1 Mill. tragen wird. Auf württembergisches Gebiet entfallen nicht ganz 4 Kilom. Bahnlänge, für die der Unternehmer, die Firma Lenz u. Co. in Verbindung mit einer Anzahl

erster Banken die Genehmigung der württemb. Regierung zu erwirken hat. In das Verkehrsgebiet der beiden Linien fällt mit Einschluß der Städte Karlsruhe und Pforzheim eine Einwohnerzahl von ungefähr 150 000 Personen. Die Bahn muß bis zum Jahre 1900 fertig sein. Der Antrag der Kommission geht auf Genehmigung der Vorlage. — Frank verbreitet sich über die Bedeutung der Bahn Pforzheim-Ettlingen für das Pfingzthal, weil sie ein Verkehrsmittel für Handlente von Arbeitern sei. — Wacker, Vertreter von Ettlingen, spricht gleichfalls seine Genugthuung über die Vorlage aus, die von Reum beweise, daß in der Eisenbahnpolitik nicht nur eine große, sondern auch eine höchst anerkanntswerte und segensreiche Wendung eingetreten sei. Er hoffe, daß die Finanzlage dem Staate auch in Zukunft gestatten werde, diese Eisenbahnpolitik fortzusetzen. Für die Bahnsprachen sich weiter aus, die Abgg. Kirchbauer, Gessel und Schnepler, der betont, daß die Gemeinden Karlsruhe und Herrenalb schon seit einem Vierteljahrhundert eine Verbindung anstreben. Auch sozial werde diese Strecke von Vorteil sein, da sie den Arbeitern ermöglichen, auf dem Lande zu wohnen. Das Gesetz wird einstimmig angenommen. In der Beratung gelangte die Genugthuung der Kammer zu lebhaftem Ausdruck, daß man nun das wirtschaftliche und soziale Element der Eisenbahnpolitik dem rein finanziellen den Vorrang abgewonnen habe. Das hängt mit einer Strömung der Zeit, allerdings aber auch mit dem Umstand zusammen, daß die heutigen großen Ertragsverhältnisse der Eisenbahnverwaltung ein ganz anderes Eingreifen und Hineingreifen gestatten, als dies in den mageren Jahren der Fall war. Auch der Stadt Ettlingen wurde von Oberbürgermeister Schnepler das Zeugnis ausgestellt, daß sie, obwohl von den neuen Linien nicht hervorstechend gegen früher besser gestellt, einen rein verneinenden Standpunkt nicht eingenommen habe.

Karlsruhe, 12. Mai. Ein großer Wendepunkt in der Entwicklung unserer badischen Landeshauptstadt ist eingetreten; Karlsruhe wird wenigstens mittelbar zur Rheinstadt. Heute hat der Bürgerausschuß die Vorlage des Planes eines Rheinhafens in 2stündiger Verhandlung einstimmig angenommen und es ist nicht daran zu zweifeln, daß nun auch die beiden Kammern das wegen des Hafens und Stichkanals zwischen dem Ministerium und der Stadt am 24. April vorläufig getroffene Abkommen, „über die Anlage, den Betrieb und die Unterhaltung eines Hafens bei Karlsruhe“ genehmigen. Die Stadt Karlsruhe wird die Anlage herstellen, betreiben und unterhalten. Das Ganze ist als Großanlage für etwa 300 000 Tonnen Jahresumschlag bemessen und entsprechende Erweiterung vorgesehen. Für die erste Herstellung ist ein Betrag von 3 1/2 Mill. M in Aussicht genommen, wovon 2 Mill. die Entschädigung für Karlsruhe wegen Durchschneidung der städtischen Rheinbahn durch die neue strategische Linie darstellen, wogegen Karlsruhe alle etwaigen Entschädigungsansprüche aufgibt; die weitere aus Staatsmitteln aufzubringende 1/2 Million wird gewährt, weil durch den neuen Karlsruher Hafen der Hafen in Maxau ersetzt werden soll und eingeht. Von großer Bedeutung ist die in Aussicht genommene Vergrößerung der Gemarkung Karlsruhe durch die in das Kanalgebiet fallende Geländeflächen auf den Gemarkungen der Gemeinden Bulach, Daxlanden und Knielingen. Man hofft auf Vollendung noch vor dem Ende des Jahrhunderts, d. h. 1899.

Karlsruhe, 10. Mai. Die Sammlungen für die Wasserbeschädigten haben jetzt den Gesamtbetrag von 251 550 M erreicht, darunter 10 000 M von den städtischen Verwaltungen Karlsruhe und Mannheim allein einschließlich der Privatsammlungen 131 260 M. Karlsruhe spendete 60 900 M.

Kassel, 11. Mai. Die Wejersfähre bei Bambeck ist gestern Abend gekentert, als eine darauf befindliche Schafherde beim Uebersetzen unruhig nach einer Seite drängte. Sechs Personen, darunter ein Vater mit zwei Söhnen, sind ertrunken.



Rassel, 11. Mai. In dem Dorfe Bhlbach, Kreis Frankenberg, hat ein Großfeuer 21 Gebäude eingäschert.

Der Großherzog von Hessen hat anlässlich des 25. Jahrestages des Frankfurter Friedens bestimmt, daß seine Kabinetsklasse alljährlich 500 M an das Präsidium der Kriegslameradschaft „Hassia“ abführen solle, welcher Betrag zunächst zur Unterstützung von heftischen Veteranen und von Hinterbliebenen solcher zu verwenden ist.

Sträßburg, 11. Mai. In dem Dorf Geispolsheim sind 40 Gebäude niedergebrannt. Die Futtermittel wurden vernichtet, eine große Anzahl Vieh ist umgekommen. Man vermutet Brandstiftung.

Bischweiler, 10. Mai. Im Alter von 73 Jahren ist hier der französische Kapitän a. D. Frédéric Schnaebele gestorben. Er war ein Bruder des jetzt in Nancy lebenden früheren Polizeikommissärs von Bagny, um dessentwillen Boulanger 1887 beinahe Krieg angefangen hätte.

Württemberg.

Stuttgart, 9. Mai. Die Kammer beriet heute die Petitionen des „Schutzvereins“, des Bäckerverbands und des Gewerbevereins um gegen die Konsumvereine sowie die von den Konsumvereinen gegen diese Agitation erhobene Gegenvorstellung. Der Berichterstatter v. Luz beantragte Ueberweisung zur Kenntnisnahme. Gegen diesen Antrag sprach kein Redner, derselbe wurde am Schlusse einstimmig angenommen. Die Sache der Petitionen, soweit sie gegen die Ueberwachung des Konsumvereinswesens und die Beteiligung der Beamten an denselben gerichtet sind, vertreten bis zu einem gewissen Grad die Abgg. Schrempf, Eckard und v. Geh. Für die Konsumvereine trat entschieden ein der Abg. Klotz und für das Recht der Beamten zur Mitgliedschaft und Beteiligung an der Verwaltung namentlich die Abgeordneten Frhr. v. Herman und v. D. W. Abg. Wajzer hatte an den Mittelstand den Appell gerichtet, die Mittel der Selbsthilfe anzuwenden. Der Herr Staatsminister des Innern v. Bischof legte den Standpunkt der Regierung dar und lehnte es ab, von Dienstaufsichtswegen in die wirtschaftliche Freiheit der Beamten einzugreifen.

Nachdem dieser Gegenstand erledigt war, kamen noch einige Petitionen an die Reihe. Nächste Sitzung am Montag, 11. Mai, nachm. 3 Uhr Gesetz über das evange. Kirchenregiment.

Stuttgart, 10. Mai. Die Kammer der Abgeordneten beriet dieser Tage einen Gesetzentwurf, der den Kunstwein mit 6 M für das Hektoliter besteuern will. Trotz des Widerstandes der für den Weinbau eintretenden Abgeordneten ging die Vorlage nochmals an die Kommission zurück, weil viele Befürchtungen, man könnte damit den Rosinenwein des kleinen Mannes treffen, laut wurden. Die Bittschriften gegen die Konsumvereine wurden der Regierung nur zur Kenntnisnahme überwiesen, da sich z. B. herausstellte, daß die Stuttgarter Bäcker das Weißbrot an Krankenhäuser um 46 Proz. billiger liefern, als an einzelne Konsumenten.

Stuttgart, 11. Mai. Eine Sachverständigenkommission hat heute vormittag die Ladung der beschädigt hier angekommenen Gedenktafeln für die Garnisonkirche einer näheren Untersuchung unterzogen behufs Feststellung der Ursache des Unfalls. Von den 17 Tafeln blieben nur 2 ganz unbeschädigt. Dieselben wurden heute nachmittags 3 Uhr in der Garnisonkirche angebracht. Der Schaden soll sich auf 9 bis 10 000 M belaufen.

Heilbronn, 11. Mai. In den letzten Tagen kamen einige hier thätig gewesene Ladnerinnen, welche immer ziemlich flott auftraten, in den Verdacht des Diebstahls. Eine durch den Polizeinspektor vorgenommene Durchsichtung förderte eine solche Menge von Waren aller Art zu Tage, daß der Wert derselben wohl annähernd sich auf 900 M belaufen dürfte. Mutter und 2 Töchter wurden alsbald in Haft genommen.

Sulz, 9. Mai. In Sachen des Umgeldes gab der demokratische Landtagsabgeordnete, Bier-

brauerbeis. Tag, dem hies. Wirtverein gegenüber die Erklärung ab, daß er für die Abschaffung des Umgeldes eintreten werde, vorher müsse aber die Deckungsfrage gelöst sein.

Mergentheim, 12. Mai. Seit der Eröffnung unserer Bezirksgewerbeausstellung vorigen Jahres hat Mergentheim nicht mehr eine solche außerordentl. große Menschenmenge gesehen wie heute. War doch auf den heutigen Tag die Anlauf des Herrn Pfarrers, Prälaten Kneipp, aus Würzburgen seit einiger Zeit durch die Zeitungen angekündigt. Aus dem benachbarten Baden und Württemberg, aus dem Oberamtsbezirk und den angrenzenden Bezirken kamen Gesunde und Kranke teils um dem Vortrage beizuwohnen, teils um bei dem Prälaten Rat zu holen. Doch wie groß war die Enttäuschung — der, auf den so viele große Hoffnungen setzten, telegraphierte in letzter Stunde ab. Er war durch Krankheit (!) verhindert. Die so schwer Enttäuschten ließen sich großendie Eintrittsgelder zurückzahlen. Nach Pfingsten erst soll die Sicherheit des Prälaten sicher sein.

Stuttgart. Landesproduktionsbericht vom 11. Mai, von dem Vorstand Frhr. Kreglinger. Der Getreideweltmarkt verkehrte in unveränderter Haltung in der abgelaufenen Woche. Der Saatensand wird in den großen Produktionsländern als ein guter geschildert. Die Landmärkte waren schwach besahren und konnten Preise etwas anziehen. Wir notieren per 100 Kilogramm: Weizen, Laplata 16 M 75 bis 17 M 25, Rumänien 16 M 50 bis 17 M 25, Ajima 16 M 25 bis 16 M 75, Ulla 16 M 75 bis 17 M 25, Amerikaner 17 M 25 bis 17 M 75, Walla 17 M 50, Nikolajeff 17 M 25, Roggen, russ. 13 M 75, rumänischer 14 M 25, Gerste, Tauber 18 M 25, norddeutsche 16 M 25 bis 17 M 50, Althofer 15 M 25, russ. 14 M 25 bis 14 M 50, Rigeimais 10 M 25, Laplata 9 M 75 bis 10 M 25, weißer Mais 10 M 25 bis 10 M 50. — Weizenpreise per 100 Kilogr. incl. Sad: Lehnwöchentlich.

Ausland.

Pest, 12. Mai. Die Stadt Pest hat eine Millenniums-Stiftung von 1 000 000 M zu nationalen, kulturellen und philanthropischen Zwecken geschaffen.

Nach dem wenig ehrenvollen Verlauf, den die Transvaal-Sache für England nimmt, muß man sich wundern, daß bei so praktisch veranlagten Leuten, wie die Engländer in politischen Interessenfragen im Allgemeinen sind, das Großmaul Chamberlain überhaupt noch möglich bleibt. Herr Chamberlain glaubt ohne Zweifel, die süd-afrikanische Frage nach napoleonischen Prinzipien regeln zu können. Dazu fehlt aber erstens der Napoleon, der er nicht ist, zweitens fehlen dazu die Mittel. England kann sich unmöglich darüber täuschen, daß eine Vergewaltigungspolitik gegen Transvaal nicht nur dieses und den Oranjerestaat, zusammen 50 000 wehrhafte Leute, die gewohnt sind, für jeden Schuß eine Quittung zu haben, auf die Beine bringen würde, eine Zahl, gegen welche mit europäischen Truppen aufzutreten England ganz und gar nicht im Stande ist, sondern daß das gesamte holländische Element in Südafrika sich erheben und daß somit ein Akt der Feindseligkeit gegen Transvaal leicht verhängnisvolle Wirkung üben könnte. Unzurechnungsfähig ist eine Politik, der das Augenmaß ebenso für ihre Ziele wie für ihre Nachmittel fehlt. Eine solche ist die des Herrn Chamberlain. Während England sich fortgesetzt abmüht, die deutschen Schutzgebiete einzufreien, Deutschlands Einflußsphäre nach Möglichkeit mit allen guten und schlechten Mitteln abzuschneiden, eine Politik, gegen die Fürst Bismarck bereits im Jahre 1885 energisch Verwahrung einlegte, läßt es sich in Ost- und Mittelafrika, in Persien und am Bosphorus von Rußland in einem ungleich größeren Maßstabe und mit ungleich größerem Erfolge überflügeln. In ganz Asien ist die russische Politik auf ein konzentrisches Zurückdrängen Englands und seines Einflusses gerichtet, mit einer Umsicht, Konsequenz und Ausdauer, wie sie nur je auf dem diplomatischen und kommerziellen Exzerzierplatz von Seiten einer Großmacht gegen eine andere ohne die Anwendung kriegerischer Mittel bethätigt worden ist. Was England in Afrika mühsam und vielleicht nur vorübergehend gewinnt, verliert es im zehnfachen Umfange und in zehnfacher Bedeutung in Asien, an der eigentlichen Quelle seines Wohlstandes und seiner Macht. Der Unverstand und der brutale Egoismus der englischen Politik haben es dahin gebracht, daß es keine Nation in Europa giebt, die das konsequente Zurückweichen Englands vor Rußland in Asien irgendwie bedauert.

London, 11. Mai. Es werden Vorbereitungen getroffen, um 2 indische Infanterieregimenter zum Garnisonsdienst nach Suakin zu senden.

Madrid, 11. Mai. Der „Imperial“ schreibt: Die Vereinigten Staaten von Nordamerika trachten darnach, die Gebuld Spaniens zu mißbrauchen oder den Krieg zu erklären. Das Blatt glaubt, es sei vorzuziehen, das Ereignis zu beschleunigen, denn Spaniens Schwäche in der Stellung werde größer werden, je mehr Zeit vergeht.

Madrid, 12. Mai. Nach einem längeren Austausch von Telegrammen zwischen der hiesigen Regierung und dem General Weyler hat sich letzterer entschlossen, den Oberbefehl auf Cuba zu behalten.

Algier, 11. Mai. Ein Sonderzug mit zwei zur Einschiffung nach Madagaskar bestimmten Kompagnien fuhr gestern Abend der Adalia auf einen anderen Zug auf. 6 Offiziere wurden getötet; 3 Offiziere und 30 Soldaten sowie ein Mann vom Jaggerpersonal sind verwundet.

Petersburg, 11. Mai. Der Finanzminister Witte überwies der deutschen Reichsregierung für die Hinterbliebenen der beiden deutschen Frauen, welche im Oktober 1895 auf preussischem Gebiet von russischen Grenzschutzmännern ermordet wurden, 25 000 M.

Paris, 11. Mai. Das endgültige Ergebnis der Gemeinderatswahlen in Frankreich ist, daß die Republikaner in 234 von 359 Arrondissementshauptstädten die Mehrheit haben. In 85 Hauptorten haben die Radikalen oder Sozialdemokraten, in 20 die Konservativen die Mehrheit. In 12 Hauptorten ist die Mehrheit zweifelhaft.

Paris, 11. Mai. Ein Fall, der in der Zeitungswelt wohl noch nicht oft vorgekommen sein dürfte: Das hier seit einigen Monaten erscheinende „Grand Journal“ hat sich an seine Leser gewendet, damit diese entscheiden, welche politische Haltung das Blatt einnehmen solle. Weiter kann eine Zeitung die Dienstfertigkeit gegenüber dem Publikum wohl nicht treiben. Es wäre jedenfalls interessant zu wissen, ob sich die politischen Mitarbeiter des „Grand Journal“ diesem „Plebiscit“ unterwerfen wollen.

Paris. Die Weltausstellung von 1900 wird einen besonderen Reiz durch die Aufstellung eines Riesenscheinrohrs erhalten, das den Mond in scheinbarer Entfernung von 50 km von der Erde bringen soll und unter der Leitung von François Deloncle gebaut wird. Der Glasblock, aus dem der ungeheure Spiegel für das Fernrohr geformt werden soll, ist eben aus Belgien gekommen.

Ueber die Ursachen der Armut und ihrer Verwehrung hat die schweizerische Regierung im Jahre 1893 die Armenbehörden befragt und im Bericht für 1894 werden eine Reihe von Antworten mitgeteilt. Eine Gemeinde hat folgendes Urteil abgegeben: „Der Grund der Verwehrung der Armut liegt nach unserer Ansicht in der immer größeren Verbreitung der sozialistischen Ideen...“ Daß die Sozialdemokraten dies nicht zugeben würden, war vorauszusetzen. So heuert denn der „Vorwärts“ dazu kurz und bündig: „Bekanntlich ist das Gegenteil richtig.“ — Unserer Ansicht nach trifft das Urteil der schweizerischen Gemeinde den Nagel auf den Kopf. Wenn Lehren, wie die sozialdemokratischen über das Sparen, wozu die Sparbarkeit das größte Vastat ist, aber die von der „verdammten Bedürfnislosigkeit“ immer weiteren Boden gewinnen, muß der Wohlstand der Bevölkerung immer mehr zurückgehen. Ein armes, aber sparsames Volk wird eher wohlhabend werden, als ein reiches, das verschwenderisch was es produziert.

Fortsetzung in der Beilage.

